



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. Juli 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 29 der Tagesordnung: Fortführung Fahrradverleihsystem ab März 2027 Vorlage: 2026/0465

Beschluss:

1. Der Gemeinderat ermächtigt den Bürgermeister, eine Vereinbarung mit dem KVV zu schließen, damit dort mit der Ausschreibung eines aus dem kommunalen Haushalt bezuschussten Fahrradverleihsystems ab März 2027 begonnen werden kann.
2. Der Gemeinderat beschließt die Aufhebung des Sperrvermerkes für die den städtischen Zuschuss zum Fahrradverleihsystem von jährlich 75.000 Euro für die Dauer des Vertrages mit einer maximalen Laufzeit von 10 Jahren (750.000 Euro).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (30 Ja, 17 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 29 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Planungsausschuss am 9. Juli 2026.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich versuche mich ganz kurz zu fassen, denn wir haben, als dieses Thema in den Haushaltsberatungen behandelt wurde, damals schon abgelehnt, dass es überhaupt zu diesem Sperrvermerk gekommen ist. Entsprechend werden wir folgerichtig auch heute die Vorlage ablehnen und somit auch gegen die Aufhebung des Sperrvermerks stimmen.

Grundsätzlich kann man zum Fahrradverleihsystem seine Meinung haben. Das ist sicherlich eine schöne Ergänzung. Allerdings sehen wir hier halt auch den Kostenpunkt. Und in diesem ganzen Reigen der Einsparungen, die wir auch heute und auch in den letzten Wochen und auch in den kommenden Wochen vornehmen mussten, sind wir der Meinung, dass es doch hier eine andere Möglichkeit geben muss, um ein Fahrradverleihsystem anzubieten, ohne dass der städtische Haushalt und städtische Gesellschaften hier weiter belastet werden. Deswegen wird meine Fraktion heute ablehnen.

Stadträtin Akbaba (GRÜNE): Auch wir machen es ganz kurz, aber in eher positiver Art und Weise: Wir freuen uns heute wirklich, dass das Fahrradverleihsystem in der gewohnten Qualität

weitergehen kann und wir als Stadt auch auf grünen Antrag hin eine faire Aufteilung der Kosten mit den Studierenden finden konnten. Es ist, zumindest für uns, ohne Frage eine Erfolgsgeschichte für unsere Stadt, ein wichtiger Baustein für unsere Mobilität und ein Standortfaktor, der unsere Stadt auch für junge Menschen weiterhin attraktiv macht. Im Planungsausschuss wurden unsere Fragen seitens der Verwaltung und der KVV ausreichend beantwortet. Vielen Dank an dieser Stelle in beide Richtungen. Deshalb bleibt uns heute eigentlich nur noch zu sagen: Wir begrüßen die Fortführung des Fahrradverleihsystems ausdrücklich und stimmen der Beschlussvorlage sehr gerne zu.

Stadträtin Uysal (SPD): Auch wir unterstützen die Fortführung des Fahrradverleihsystems. Viele Karlsruherinnen und Karlsruher nutzen ja die Räder inzwischen ganz selbstverständlich für den Weg zur Arbeit, zur Hochschule oder einfach auch für die letzte Strecke nach der Bahnfahrt, und genau dafür ist das Angebot da. Es macht nachhaltige Mobilität im Alltag einfach und unkompliziert. Gleichzeitig haben wir hier auch eine Lösung gefunden, die auch den städtischen Haushalt im Blick behält. Der Zuschuss der Stadt beträgt künftig 75.000 Euro pro Jahr, während sich die Hochschulen stärker an der Finanzierung beteiligen. Und das ist aus unserer Sicht einfach fair und auch verantwortungsvoll. Die SPD hat sich ja bereits in den Haushaltsberatungen für genau diesen Weg eingesetzt. Umso mehr freuen wir uns heute, dass wir heute zu einer Entscheidung kommen, und wir stimmen heute der Vorlage zu.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Ja, Karlsruhe ist Sharing-Hauptstadt, und auch meine Fraktion möchte natürlich, dass wir künftig in gewohnter Qualität die Leihsysteme weiter voranbringen. Aber es gibt halt eben nicht nur Bike-Sharing, es gibt genauso Scooter-Sharing, und es gibt Automobil-Sharing. Und dieser Modal-Mix ist im urbanen Verkehr absolut sinnvoll. Und was der Unterschied ist zwischen dem Fahrradverleihsystem und dem Scooter-System, das wir als Stadt weiterhin bezuschussen sollen, das sieht unsere Fraktion nicht. Das ist eine einseitige Bevorzugung des Fahrrad-Sharing-Systems. Wir sind der Überzeugung, dass auch auf dem freien Markt da sich ein Anbieter finden wird, der das unterstützt, der den Service auch entsprechend aufrechterhalten kann. Wir subventionieren aus dem sehr engen Haushalt schon einen hochdefizitären ÖPNV. Das ist korrekt so, aber wir müssen nicht auch noch ein Fahrrad-Sharing-System aus unserem Haushalt finanzieren. Vorhin wurden wir gefragt, wo wir das Geld hernehmen sollen. Das sind 75.000 Euro, die wir jährlich freigeben sollen. Und dem können wir leider nicht zustimmen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Wenn der freie Markt doch immer alles so toll regeln würde, dann bräuchten wir auch keine Zuschüsse für Wertstoffhöfe oder Sonstiges. Da wurde ja vorhin gesagt, wie relevant das ist, wie wichtig das ist. Wir haben hier den Punkt, ja natürlich, wir können sagen, wir bezuschussen es nicht mehr, aber dann haben wir genau die Problematik, dass gerade Randgebiete eben nicht mehr angeboten werden können. Dann hast du halt einen, der nur noch in der Innenstadt ist, einer, der teurer wird und der nicht mehr geschickt funktioniert. Und zum Thema Einsparung: Wir haben hier eine Einsparung von über 60 Prozent. Wir gehen von 200.000 auf 75.000 runter. Das darf man mal unterstreichen. Das haben wir im Haushalt, haben wir da auch schweren Herzens gesagt: „Ja, wir reduzieren das. Wir nehmen die Studierenden, die davon auch stark profitieren, mehr in die Pflicht, wollen aber daran festhalten, damit wir eben den guten ÖPNV, den guten Fahrradverkehr und dort eben den aktiven Verbund stärken.“ Trotzdem ist hier ein großer Einsparbetrag weg. Wir haben viele andere Projekte im Verkehrsbereich, die wir gerne auch noch mal diskutieren können. Wir können zum Beispiel von Hagsfeld noch mal 60 Prozent runternehmen. Da haben wir deutlich bessere Auswirkungen für

den Haushalt. Aber hier jetzt dann an den Fahrrädern zu sparen, ist an der Stelle die falsche Sache. Wir waren im Haushalt dabei, wir sind natürlich jetzt dabei, stehen hier an der Stelle der aktiven Mobilität und vor allem auch mit den Studierenden, damit wir weiterhin eine attraktive Stadt weltweit sind.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir hier ein anderes System haben als beim Thema Scooter und dass es doch eine klare Mehrheit überall gab, dass wir dieses System fortsetzen können. Wenn wir das so fortsetzen wollen, müssen wir einen Eigenbeitrag leisten, sonst könnten wir es nämlich gar nicht machen, und der Eigenbeitrag hätte aus Sicht der Stadt durchaus geringer ausfallen können, aber Sie haben mit Mehrheit während der Haushaltsberatung beschlossen, dass es dann bis zu 75.000 Euro sein können. Und nachdem nun die Studierendenwerke - nicht die Studierendenwerke, das ist falsch - die Studierenden und die sie vertretenen Verhandlungspartner die Haushaltsberatung sehr genau mitbekommen haben, war dann eben nicht mehr möglich zu sagen: „Wir kriegen das vielleicht auch für 30.000“, oder so was. Insofern ist es nicht nur eine Entscheidung für oder gegen Subvention, die haben Sie eigentlich schon getroffen, sondern vor allem für ein damit verbundenes Modell. Und die Empfehlung der Stadt ist ausdrücklich, dass wir dieses Modell so fortsetzen und es an der Stelle nicht dem freien Markt der Anbieter überlassen, wo dann eventuell solche Fahrradverleihsysteme sind und wo nicht. Und vor allem auch die flächige Anbindung in den Nachbarstädten, es sind ja einige Städte außen rum auch dabei, da hoffen wir natürlich, dass die auch wieder dabei sind, sodass es ein Teil des KVV-Grundangebotes ist und eben nicht dem freien Markt der Anbieter überlassen bleibt. Das nur noch mal, um deutlich zu machen: Es geht nicht nur um für oder gegen Subvention, sondern auch für ein dahinterliegendes Modell. Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. August 2026